



## Die Spannung wächst

Kurz vor der Wahl ziehen die Parteien noch einmal alle Register. Jede Stimme ist wichtig und kann entscheidend sein. Unsicherheitsfaktor ist die Wahlbeteiligung. Angeblich haben sich ein Drittel der Wahlberechtigten noch nicht für eine Partei entschieden. Keine Angaben gibt es darüber, wie viele Menschen sich überhaupt an der Wahl beteiligen wollen.

Eines scheint im Augenblick sicher zu sein: Die CDU wird die Wahl gewinnen. In allen Umfragen liegt sie zwischen 24 und 26 Prozent vorn. Der SPD wird zwischen 17 und 22 Prozent vorausgesagt, den Grünen 17 bis 18, Linke elf bis zwölf, AfD zehn und FDP fünf bis sechs Prozent. Koalitionsmöglichkeiten gibt es viele, die Verhandlungen nach dem 12. Februar könnten lange dauern. Die Stadt wäre erneut gelähmt.

Die Grünen sind optimistisch, sie laden die Presse schon mal zur ersten Fraktionssitzung nach der Wahl am 14. Februar ein, auf der die neuen Abgeordneten begrüßt werden sollen. Neue Abgeordnete? Rechnen die Grünen mit einem Zuwachs an Mandaten? Könnte es nicht eher sein, dass Abgeordnete verabschiedet werden müssen? Was ist mit **Bettina Jarasch**? Der Wahlkampf war voll und ganz auf sie zugeschnitten. Sowohl von den Fraktionsvorsitzenden **Silke Gebel** und **Werner Graf** als auch von den Parteivorsitzenden **Susanne Mertens** und **Philmon Ghirmai** hat man im Wahlkampf nichts mitbekommen. Auch die beiden anderen Grünen Senatsmitglieder **Daniel Wesener** und **Ulrike Gote** tauchten erkennbar nicht auf. Die Verantwortung im Falle eines Scheiterns liegt also allein bei Jarasch, und diese wird Konsequenzen ziehen müssen, denn alle sagen doch immer wieder, dass es so nicht weitergehen darf.

Das trifft natürlich auf **Franziska Giffey** auch zu, wenn die SPD hinter den Grünen bleibt. Außer in Spandau war ihr Ko-Vorsitzender **Raed Saleh** nicht zu sehen und auch die sozialdemokratischen Senatoren hielten sich zurück. Für Giffey würde die Wahlniederlage vermutlich das Ende ihrer politischen Karriere bedeuten.

Sich bei Landtagswahlen Hilfe vom Bund und aus anderen Ländern zu holen, kann erfolgreich sein. **Kai Wegner** musste NRW-Ministerpräsident **Hendrik Wüst** nicht lange bitten, ihn auf den EUREF-Campus zu begleiten. In Wüsts Landeshauptstadt entsteht derzeit der EUREF-Campus Düsseldorf, da war es

naheliegend, sich das Original in Berlin anzuschauen. „Jeden Tag sehe er den Campus Düsseldorf ein paar Meter wachsen“, sagte er zur Begrüßung durch die Vorstandssprecherin der EUREF-AG **Karin Teichmann**.



v.l.n.r.: Karin Teichmann, Christine Stumpp, MdB und stellvertretende Generalsekretärin der CDU, Kai Wegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berlin CDU, und Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.



Wüst und Wegner ließen es sich nicht nehmen, vom Dach des Gasometers auf den Campus und den Rest der Stadt zu schauen. Foto: Stefan Grund



Viel Zeit nahm sich Wüst für den Besuch bei Menekes, des weltweit führenden Herstellers von CEE-Drehstromsteckern, der auf dem EUREF-Campus ein Schulungszentrum unterhält. Firmenchef **Christoph Menekes** war eigens aus dem Sauerland angereist, um **Hendrik Wüst** seinen Berliner Standort vorzustellen.



Am Ende des Rundgangs gabs ein entspanntes Get-Together in der Event-Werkstatt des Campus, wo Generalsekretär **Stefan Evers** seinen Spitzenkandidaten im Kreise von Parteifreunden feierte.

Auf Twitter sprach Evers von einem „Wahl-Klau“ für den Fall, dass die CDU als Wahlsieger in der Opposition bliebe, wenn SPD, Grüne und Linke eine Regierung bilden. Der frühere CDU-Bundesgeneralsekretär und Ex-MdB **Ruprecht Polenz** kommentierte das gestern so: „Es ist gefährlich für unsere Demokratie, wenn mit solchen Sprüchen eine Regierungsbildung delegitimiert werden soll, die ohne die stärkste Partei erfolgt, sich aber auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann. Bei Trump kann man beobachten, wie dieses Gift wirkt.“ *Quelle: Checkpoint Tagesspiegel*

Wir erinnern uns, 2016 gewann **Donald Trump** nur wegen des undemokratischen Wahlsystems in den USA die Präsidentschaft. Er erzielte lediglich 46,1 Prozent der Stimmen und lag damit hinter **Hillary Clinton** mit 48,1 Prozent. Trump bekam allerdings 56,5 Prozent der Wahlleute und Clinton nur 42,2 Prozent. Bei den Wahlen 2020 lag **Joe Biden** mit 56,9 Prozent der Wahlleute und 51,3 Prozent der Wählerstimmen vor Trump mit 43,1 Prozent Wahlleute und 46,8 Prozent Stimmanteilen. Trump hat bis heute seine Niederlage nicht akzeptiert und spricht von einer „gestohlenen Wahl“. Die CDU Berlin sollte sich dieser Terminologie nicht anschließen.



Wahlkampfhilfe holte sich auch der Grüne Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, **Jörn Oltmann**. Er nutzte den Besuch von **Robert Habeck** auf dem EUREF-Campus für einen kleinen Werbefilm. Oltmann habe gezeigt, so Habeck, was

er kann, zum Beispiel so ein „cooles Projekt“ wie den EUREF-Campus „nach vorne zu bringen.“ Nun, das ist nicht die ganze Geschichte. Oltmann hat sich zwar in seinen Funktionen als Stadtentwicklungstadtrat und Bezirksbürgermeister dem Campus unterstützend genähert, die Vorgeschichte seiner Grünen Partei ist aber eher unerfreulich. Über Jahre hinweg haben Grüne Politiker aus Tempelhof-Schöneberg dem EUREF-Campus immer wieder Steine in den Weg gelegt, die die Entwicklung verzögerte. Nicht wegen, sondern trotz der Grünen kann der EUREF-Campus 2024 seiner Vollendung entgegensehen.

Erschreckend sind andere Erkenntnisse aus den Umfragen, über die heute der Tagesspiegel Checkpoint berichtet. So stellt Forsa-Chef **Manfred Güllner** fest: „Viele Berliner Wahlberechtigte empfinden das personelle und inhaltliche Angebot der Parteien ‚als Zumutung‘. Es gibt ‚extremen Unmut über die von der rot-rot-grünen Koalition betriebene Politik, die die Interessen der großen Mehrheit der Berliner außer Acht lässt.‘ Ein CDU-geführter Senat werde von vielen ‚nicht als wählbare Alternative gesehen, weil der Partei wenig politische Kompetenz zugetraut wird‘. Im Ergebnis warnt Güllner sogar davor, den Umfragewerten der Parteien zu trauen:

„Die in der Stadt herrschende Ratlosigkeit lässt in noch geringerem Maße verlässliche Aussagen über den Ausgang der Wahl zu, als es ohnehin bei den meisten Wahlen der Fall ist. Die vor der Wahl ermittelten Stimmungen in Berlin könnten daher noch stärker als sonst von den Stimmen abweichen, die die Parteien am Wahltag erhalten.“

Noch erschreckender ist, dass angeblich ein Drittel der Berliner, laut der Forsa-Umfrage, nicht mehr gern in Berlin leben. Was das Reizthema Friedrichstraße betrifft, so sind nur die Anhänger der Grünen mehrheitlich für die Fußgängerzone, die Anhänger der SPD nicht einmal zu einem Drittel, bei Anhängern von CDU und FDP gerade mal acht bzw. neun Prozent.

Was die Grünen betrifft, ist ein Detail aus der Civey-Umfrage für den Tagesspiegel besonders bemerkenswert: „Nur rund 70 Prozent der Wähler, die auf Bundesebene grün wählen, wollen auch in Berlin grün wählen – das ist der niedrigste Wert aller Parteien.“

Sonntag um 18:00 Uhr wissen wir mehr.

**Ed Koch**